

# Zweiter Sommerempfang Niederbayern

---

**Donnerstag, 26. Juli 2018 um ca. 18:10 Uhr**

Burg Trausnitz

Burg Trausnitz 168, 84036 Landshut

---

## Die Bayerische Wirtschaft – Stark durch Leistung

---

**Alfred Gaffal**

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Vielen Dank, lieber Wolfram, für die freundliche Begrüßung!

Sehr geehrter Herr Staatsminister Sibler,  
meine Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie sehr herzlich hier auf der Burg Trausnitz zum zweiten Sommerempfang der „vbw Niederbayern“.

Ich freue mich besonders, dass Frau Anna Schaffelhuber heute bei uns ist!

Sie wurde bereits 2010 als Bayerische Behindertensportlerin des Jahres ausgezeichnet.

Liebe Frau Schaffelhuber, Ihre Medaillen-Bilanz ist beeindruckend.

Sie sind für viele Menschen Ansporn, Inspiration und Vorbild.

Das brauchen wir in unserem Land!

Meine Damen und Herren,

Bayern ist nicht nur sportlich erfolgreich.

Der Freistaat steht insgesamt blendend da!

Bayern ist das erfolgreichste Land in

Deutschland und Zukunftsregion in Europa.

- 2017 war der Freistaat  
Wachstumsspitzenreiter in Deutschland  
mit 2,8 Prozent.<sup>1</sup>
- Mit einer Arbeitslosenquote von  
2,7 Prozent im Juni haben wir praktisch  
Vollbeschäftigung.

Und unser Niederbayern hat sich dabei  
besonders positiv entwickelt.

Viele Regionen in Deutschland beneiden  
uns um unseren erfolgreichen Weg hin zu  
einer wirtschaftlichen Top-Region.

---

<sup>1</sup> Diese Aussage betrifft die Flächenländer. Bremen und Berlin hatten ein stärkeres Wachstum.

Mit einer Arbeitslosenquote von nur 2,4 Prozent liegen wir noch unter dem ohnehin schon niedrigen bayerischen Wert.

Niederbayern zeichnet sich auch durch eine überdurchschnittlich hohe Standortloyalität der Unternehmer aus.<sup>2</sup>

Nicht nur die niederbayerische Automobil- und Zuliefererindustrie, sondern auch die vielen innovativen Mittelständler im ländlichen Raum tragen zum Erfolg der Region bei.

Hier spielt auch die sehr gute Bildungsinfrastruktur eine zentrale Rolle, mit

- der Hochschule Landshut,
- der Technischen Hochschule Deggendorf,
- der Universität Passau und
- dem TUM Campus in Straubing.

Insgesamt gilt:

---

<sup>2</sup> Quelle: vbw Studie „Standort Bayern: Unternehmerperspektiven 2017“.

Es geht uns so gut wie nie zuvor.

Folgt man jedoch vielen Veröffentlichungen, dann könnte man glauben, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

Dieses Zerrbild dürfen wir nicht zulassen!

Denn sonst versuchen wir, Scheinprobleme zu lösen und vergessen dabei, die wirklich wichtigen Zukunftsherausforderungen anzugehen.

Die Flüchtlingskrise überdeckt leider Gottes alles.

Sie muss jetzt gelöst werden.

Der Masterplan von Bundesinnenminister Horst Seehofer ist dafür der richtige Ansatz.

Wenn es diesen Plan schon früher gegeben hätte, hätten wir uns viel ersparen können.

Was gar nicht geht, ist ein endloser Streit, wie wir ihn derzeit innerhalb der

Bundesregierung, aber auch innerhalb einzelner Parteien erleben.

Was wir brauchen, ist, dass die Einigung im Asylstreit jetzt gemeinschaftlich umgesetzt wird und wir uns jetzt endlich auf die wichtigen Zukunftsherausforderungen konzentrieren.

Ja, uns geht es gut: Die Wirtschaft läuft, die Steuereinnahmen sprudeln – aber wir müssen auch dafür sorgen, dass das so bleibt!

Die Bundesregierung tut dafür zu wenig.

Und das, was sie tut, geht zu oft in die falsche Richtung.

Die Agenda 2010, die uns stark gemacht hat, wird immer weiter zurückgedreht.

Meine Damen und Herren,

wir erwarten derzeit eine Abkühlung der Konjunktur.

Der Zenit ist wohl überschritten.

Gleichzeitig sind die Vorhaben der Großen Koalition extrem teuer – gerade auch für die Wirtschaft.

Allein die in dieser Legislaturperiode geplanten Leistungsausweitungen in der Sozialversicherung belaufen sich ab 2019 auf knapp 18 Milliarden Euro pro Jahr.<sup>3</sup>

Schon die Zusatzbelastung durch Leistungsausweitungen der vergangenen Legislaturperiode summiert sich auf fast 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Im Interesse von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen – aber auch im Interesse unserer Kinder – müssen wir schleunigst die Politik der ausufernden Sozialausgaben beenden.

Stattdessen müssen wir Lösungen finden, damit die Sozialen Sicherungssysteme

---

<sup>3</sup> Z.B. Mütterrente, Erwerbsminderungsrente, Pflegebeitragssatzerhöhung 0,3 %, Sofortprogramm Kranken- und Altenpflege, GKV-Parität.

leistungsfähig und langfristig finanzierbar bleiben.

Nur so wird es gelingen, den Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung dauerhaft unter 40 Prozent zu halten.

Vor zwei Wochen hat der von uns initiierte Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft ein umfassendes Gutachten zum Gesundheitssystem vorgelegt.

Es zeigt unter anderem auf, welche großen Beiträge die Digitalisierung leisten kann, um das Gesundheitswesen effizienter zu machen und die Kosten besser in den Griff zu bekommen.

Entscheidender Baustein ist die Einführung einer umfassenden digitalen Patientenakte.

Leider bleibt die in Deutschland eingeführte elektronische Gesundheitskarte trotz Milliardeninvestitionen noch immer weit



hinter den heutigen technischen Möglichkeiten.

Hier liegen riesige ungenutzte Potenziale und enorme Chancen, die Kosten in den Griff zu bekommen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die ausufernde Bürokratie.

Jede Woche kommen neue Ideen aus Berlin und Brüssel, die die Unternehmen belasten.

Wir erleben schon seit einiger Zeit einen Rückfall in alte Zeiten der Überregulierung und Bürokratieausweitung.

Ich nenne nur die Schlagworte:

- Datenschutzgrundverordnung,
- Entsenderichtlinie,
- Entgeltgleichheitsgesetz und
- das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

Hier gilt es, entschlossen gegenzusteuern.

Unternehmer und Unternehmen müssen wieder in die Lage versetzt werden, sich mehr auf ihr eigentliches Geschäft zu konzentrieren – denn das wird auch aufgrund internationaler Entwicklungen in Zukunft tendenziell eher schwerer als leichter.

Ein Beispiel ist der Brexit.

Er stellt für die bayerische Wirtschaft ein großes Risiko dar.

Das Vereinigte Königreich ist für den Freistaat weltweit der viertwichtigste Handelspartner.

Die Unternehmen brauchen jetzt Planungs- und Rechtssicherheit durch eine realistische und umsetzbare Lösung.

An der Stelle ein Satz zur EU generell: Wir brauchen eine starke EU.

Mit den Wahlerfolgen populistischer Parteien in Italien – der drittgrößten

Volkswirtschaft der Eurozone – droht Europa jetzt ein weiterer Rückschlag.

Die Eurokrise darf nicht zurückkehren!

Hier muss konsequent das Prinzip gelten, dass alle EU-Staaten an ihrer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten und mehr Engagement bei der Haushaltskonsolidierung zeigen.

Daran muss sich auch die neue italienische Regierung halten.

Vor große Herausforderungen stellen uns auch die USA.

Der US-Protektionismus ist für uns ein großes Risiko, schließlich sind die USA Bayerns wichtigster Handelspartner.

Amerika unter Präsident Trump ist derzeit kein verlässlicher Partner.

Das zeigen insbesondere die bereits eingeführten Zölle auf Aluminium und Stahl

und die angedrohten Strafzölle auf Autos aus Europa.

Wir begrüßen daher die gestrige Vereinbarung zwischen US-Präsident Donald Trump und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als einen ersten Schritt.

Eine Eskalation des Handelsstreits ist damit vorerst abgewendet.

Allerdings geht die Arbeit jetzt erst richtig los.

Vor allem müssen die Mitgliedsstaaten der EU tatsächlich zustimmen, dass die EU-Zölle auf breiter Front gesenkt werden.

Unabhängig von der gestrigen Annäherung gilt: Das Verhalten der USA erfordert von uns, dass wir konsequent unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Wirtschaftsregionen vertiefen.

Das heißt China, das heißt Russland und das heißt Iran!

Sehr zu begrüßen ist in dem Zusammenhang auch das Handelsabkommen der EU mit Japan.

An einer anderen Stelle gebe ich US-Präsident Trump allerdings Recht: Wir sollten in Deutschland und Europa unsere NATO-Verteidigungsausgaben erhöhen – und zwar nicht nur, um Präsident Trump weniger Angriffsfläche zu bieten.

Erhöhe Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit sind angesichts der weltweit zunehmenden Bedrohungen auch sachlich richtig und dringend geboten.

Schiffe müssen auslaufen, Flugzeuge und Hubschrauber fliegen und Panzer fahren können.

Das Bild, dass die Bundeswehr derzeit nach außen abgibt, ist nicht ermutigend!

Erhebliche Turbulenzen erleben wir auch in der Automobilindustrie.

Mich wundert, dass die Diesel-Diskussion nur in Deutschland geführt wird.

In anderen Hersteller-Ländern – wie Frankreich oder Italien – wird darüber gar nicht geredet.

Selbstverständlich hat die deutsche Automobilindustrie ihre Hausaufgaben zu machen.

Insbesondere auch deshalb, weil sie vor einem historischen Umbruch steht.

Bayern ist heute eine der globalen Leitregionen des Automobils, Niederbayern ist hier ein absolutes Kraftzentrum!

Das muss auch so bleiben!

Arbeitsplätze und Wohlstand hängen von ihr ab.

Wir dürfen einzelne Antriebstechnologien wie den Diesel, bei dem Deutschland führend ist, nicht kaputtreden!

Es geht um Technologieoffenheit.

Natürlich müssen wir mit aller Kraft auf alternative Antriebe setzen.

Gleichzeitig wird aber auch der klassische Verbrennungsmotor – auch der Diesel – mittelfristig weiter eine große Rolle spielen.

Aktuell schränkt derzeit noch ein anderes Thema die Lieferfähigkeit deutscher Autohersteller ein:

Die EU hat ihr neues Zulassungsverfahren zum Testen von Kraftstoffverbrauch und Abgasausstoß um ein Jahr vorgezogen.

Es soll bereits ab 1. September dieses Jahres gelten, statt – wie ursprünglich geplant – ab September 2019.

Die Folge ist, dass es Engpässe bei den Testkapazitäten für das neue Verfahren gibt

und viele Autos ab dem 1. September wohl nicht zugelassen werden können.

Es kann ja wohl nicht sein, dass Automobilhersteller deswegen ihre Produktion verschieben müssen!

Die deutsche Bundesregierung muss sich daher vehement dafür einsetzen, dass das neue Zulassungsverfahren nicht schon ab 1. September gilt!

Meine Damen und Herren,

Sie sehen: die aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft sind groß.

Wir brauchen jetzt überzeugende Antworten der Politik.

Um hier Input zu geben, haben wir in unserer Agenda für Deutschland dargelegt, was jetzt zu tun ist.



Einige Themen habe ich bereits  
angesprochen.

Ich greife zudem noch ein paar weitere  
wichtige Punkte heraus:

Stichwort Steuerpolitik.

Bei der Einkommensteuer gilt: Die im  
Koalitionsvertrag vereinbarten Entlastungen  
der Bürger sind angesichts der sprudelnden  
Steuereinnahmen viel zu gering.

Die Kalte Progression wird nur ansatzweise  
angegangen.

Der Mittelstandsbauch bleibt und der  
Spitzensteuersatz wird viel zu schnell  
erreicht.

Dabei brauchen wir gerade in Zeiten des  
demografischen Wandels und  
Fachkräftemangels mehr Leistungsanreize!

Was die Unternehmenssteuern angeht, so hat sich seit der großen Reform von vor zehn Jahren wenig getan.

Inzwischen besteht aber wieder Handlungsbedarf, weil viele wichtige Wettbewerber ihre Unternehmen steuerlich entlasten – etwa die USA, Großbritannien und Frankreich.

Wir begrüßen es daher sehr, dass der Freistaat Bayern jüngst einige Initiativen in den Bundesrat eingebracht hat, um Unternehmen steuerlich zu entlasten und die Steuerbürokratie einzudämmen.

Diesen Impuls Bayerns muss Berlin aufnehmen!

Wir müssen auch die digitale Transformation entschlossen anpacken.

Hierbei geht es natürlich vor allem um eine hochleistungsfähige und flächendeckende

Infrastruktur – sowohl für Leitungen als auch für den Mobilfunk.

Aber nicht nur: Um die Digitalisierung erfolgreich zu gestalten, brauchen wir mehr Flexibilität im Arbeitsrecht – vor allem bei der Verteilung der Arbeitszeit.

Außerdem brauchen wir einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen, der die Entstehung digitaler Geschäftsmodelle fördert und Forschungsschwerpunkte im Bereich der digitalen Transformation setzt.

Bei der Klima- und Energiepolitik brauchen wir dringend einen Systemwechsel.

Trotz großem politischem Ehrgeiz, Milliardenkosten und einem dichten Regulierungsgeflecht werden klimapolitische Zielvorgaben seit Jahren massiv verfehlt.

Schon seit Jahren fordern wir ein schlüssiges energiewirtschaftliches Gesamtkonzept, das Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet.

Dazu gehört auch die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Unsere Energiepreise sind fast 50 Prozent höher als in Frankreich und sogar doppelt so hoch wie in den USA.

Die Energiewende hat bisher 150 Milliarden Euro gekostet.

Bis 2025 wird sie insgesamt 520 Milliarden Euro kosten.

Das sind immense Beträge!

Wir müssen da ansetzen, wo die größten Wirkungen zu erzielen sind!

Deswegen fordern wir seit Jahren die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere im Gebäudebereich.

Beim Thema Mobilität gilt es, dass die Aufstockung der Mittel für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf hohem Niveau weiter fortgeschrieben werden muss.

Dazu gehören auch flankierende Kommunikationsnetze, wie etwa 5G.

Um die führende Stellung im Individualverkehr zu halten, muss es gelingen, dass Deutschland Leitanbieter für automatisiertes und autonomes Fahren wird.

Auch in Niederbayern hakt es an einigen empfindlichen Stellen:

Besonders dringlich sind

- die Fertigstellung der A94 zwischen München und Passau und
- der vollständige sechsspurige Ausbau der A3 zwischen Passau und Regensburg.

Die Straße ist nach wie vor die Lebensader jeder Region.

Schließlich muss auf allen politischen Ebenen dem Fachkräftemangel entgegengetreten werden.

Er ist in Bayern zu einer flächendeckenden Wachstumsbremse geworden.

Ich komme noch einmal auf das Thema „Flüchtlinge“ und „Asyl“.

Bei aller Aufregung darf eins nicht vergessen werden:

Was die Integration von Flüchtlingen in Arbeit angeht, haben wir in Bayern unsere Hausaufgaben gemacht:

Durch einen gemeinsamen Kraftakt konnten wir

- 64.500 Flüchtlingen eine Arbeit – davon die allermeisten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung –,
- 8.000 Flüchtlingen ein Ausbildungsverhältnis und
- 80.000 Flüchtlingen ein Praktikum

vermitteln.

Damit haben wir unser selbst gestecktes Ziel, bis 2019 60.000 Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, schon jetzt deutlich übertroffen!

Bayern und die bayerische Wirtschaft stehen für Integration.

Wir haben so viele Menschen in Arbeit integriert wie kein anderes Bundesland!

Darauf können und sollten wir stolz sein.

An der Stelle noch einen Satz zu den Abschiebungen:

Wir respektieren das Gesetz.

Wer straffällig geworden ist oder bei der Feststellung der Identität nicht kooperativ ist, muss mit aller Konsequenz abgeschoben werden.

Außerhalb dessen müssen wir uns aber die Einzelfälle noch besser anschauen.

Es kann nicht sein, dass bestens integrierte Menschen, die

- von den heimischen Firmen ausgebildet und qualifiziert worden sind
- und die durch einen sozialversicherungspflichtigen Job fest in die Unternehmen eingebunden sind und dort einen wertvollen Beitrag leisten,

abgeschoben werden.

Und das in Zeiten des Fachkräftemangels!

Wir brauchen zügig ein

Zuwanderungsgesetz, das diese Probleme löst.



Ein besonderes Anliegen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise ist mir Afrika.

Wir müssen uns dort stärker engagieren:

- aus humanitären Gründen,
- zur Bekämpfung der Fluchtursachen
- und weil der Kontinent wirtschaftliche Potenziale hat, die wir nicht China überlassen dürfen.

Wie Sie alle wissen, ist auch die Bildung ein Thema, das mir persönlich und den Verbänden besonders am Herzen liegt.

Umso mehr freue ich mich, dass heute der Staatsminister für Unterricht und Kultus Bernd Sibler bei uns ist!

Bayern ist bei der Bildung sehr gut aufgestellt. Wir dürfen aber nicht nachlassen! Die größte Herausforderung ist

derzeit die Digitalisierung des Bildungswesens.

Mitte Mai hat der von uns initiierte Aktionsrat Bildung sein neues Gutachten mit dem Titel „Digitale Souveränität und Bildung“ vorgestellt.

Der Aktionsrat kam zu dem Ergebnis, dass die digitale Souveränität jedes Einzelnen übergreifendes Ziel digitaler Bildung sein muss.

Wir begrüßen daher die Initiative der Staatsregierung, 50.000 digitale Klassenzimmer einzurichten.

Dafür brauchen wir aber auch motivierte Lehrer und pädagogische Fachkräfte, die die Digitalisierung als Chance begreifen!

Die bayerische Wirtschaft fordert daher:

- ein entsprechendes Personalentwicklungsprogramm,

- einen Digitalisierungsexperten an jeder Schule sowie
- eine bayernweite Serviceagentur für digitale Bildung.

Meine Damen und Herren,

wir als vbw setzen uns seit 20 Jahren für Bayern als weltweiten Spitzenstandort ein.

Wir haben viel erreicht – auch dank der guten Zusammenarbeit mit der Staatsregierung!

Die gute Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft, die uns im Freistaat auszeichnet, hat sich gelohnt!

Aber: Die Welt ist unübersichtlich geworden. Alte Gewissheiten werden auf den Kopf gestellt.

Deshalb: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass es unserem schönen Bayern

und Niederbayern auch morgen noch so gut  
geht wie heute!

Vielen Dank!